



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreisausschuss

Es informiert Sie:	Andrea Pannen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	andrea.pannen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 11.03.2010

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Montag, den 08.03.2010, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Ernst Buddenberg

Udo Carraro

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Berndt Hoffmann

Dr. Bernhard Ibold

Ulrich Kanschat

Manfred Krick

(bis 18.06 Uhr, TOP 21)

Ilona Küchler

Gertrud Laßmann

Dieter Roeloffs

Michael Ruppert

Stephan Schnitzler

Ewald Vielhaus

Klaus-Dieter Völker

Dirk Wedel

Verwaltung

Harald Beier

Michael Beitelsmann

Sandra Bolz

Volker Freund

Susanne Frindt-Poldauf

Anne Grassberger
Ulrike Haase
Nils Hanheide
Christoph Harrell
Peter Herweg
Thomas Jarzombek
Claus-Peter Karger
Martin Kasprzik
Arno Klünner
Wolfgang Kohnert
Jürgen Lenz
Manfred Lochmann
Andrea Pannen
Jutta Pilz
Martin M. Richter
Christian Schölzel
Wolfgang Schwandke
Antje Schwörer
Hans-Jürgen Serwe
Patrick Strohschein
Nicolle Würfel

Gäste

Detlef Ehlert
Dr. Uwe Koppe
Sybille Schettgen

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.12.2009
3. Informationen der Verwaltung
4. Einbringung eines strategischen Zielprogrammes des Kreistages 01/001/2010

- | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 5. | Rückzug des Landschaftsplans aus einem Teilbereich in Langenfeld:
145. Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan Nr. B-40 "Weißenstein/Düsseldorfer Straße" der Stadt Langenfeld;
Beteiligung gemäß § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch sowie § 29 Absatz 4 Landschaftsgesetz NW | 63/038/2009 |
| 6. | Rückzug des Landschaftsplans aus einem Teilbereich in Ratingen:
Bebauungsplan Nr. EG 366 und 90. Flächennutzungsplanänderung "Zu den Höfen/Kesselsströttchen" der Stadt Ratingen;
Beteiligung gemäß §§ 4 Absatz 1 Baugesetzbuch sowie 29 Absatz 4 Landschaftsgesetz NW | 63/004/2010 |
| 7. | Rückzug des Landschaftsplans aus einem Teilbereich in Velbert:
Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Velbert; Teilfläche "Wilhelmshöhe";
Beteiligung gemäß §4 Absatz 2 Baugesetzbuch sowie § 29 Absatz 4 Landschaftsgesetz NW | 63/006/2010 |
| 8. | Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit
hier: Antrag der Fraktion UWG-ME vom 03.02.2010 | 01/002/2010 |
| 9. | Erstellung eines Organisations- und Personalentwicklungskonzeptes
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 12.02.2010 | 01/005/2010 |
| 10. | Stellenplan 2010 | 10/002/2010 |
| 11. | Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann | 20/014/2010 |
| 12. | Projekt ALTERnativen 60plus - Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann - Abschlussbericht | 50/001/2010/1 |
| 13. | Neuorganisation des SGB II - Wahrnehmung der Optionsmöglichkeit i. S. des § 6a SGB II | 50/004/2010 |
| 14. | Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann | 32/001/2010 |
| 15. | Maßnahmen im Rahmen des Konjunktur-Pakets II (Zukunftsinvestitionsgesetz)
- Sachstandsbericht
- Beschluss über neue Maßnahmen | 23/002/2010/1 |
| 16. | Errichtung von Kompetenzzentren für die sonderpädagogische Förderung im Kreis Mettmann | 40/008/2010/1 |
| 17. | Wahl des Beirats gemäß § 11 Landschaftsgesetz NRW | 63/001/2010/1 |
| 18. | 7. Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann | 70/002/2010 |

- | | | |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 19. | 5. Änderungsverfahren des Landschaftsplans des Kreises Mettmann, Offenlagebeschluss | 63/008/2010 |
| 20. | Nachträge | |
| 20.1. | Übermittlung personenbezogener Daten an die ZSS (zentrale Speicherstelle)
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23.02.2010 | 01/006/2010 |
| 21. | Haushalt 2010 | 20/017/2010 |
| | 1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2010 | |
| | a) Gesamtergebnisplan | |
| | b) Gesamt finanzplan | |
| | 2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2010 | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 22. | Informationen der Verwaltung | |
| 23. | Stellenplan 2010 - Beförderung von Beamten | 10/001/2010 |
| 24. | Berufskolleg Niederberg - Vergabe der Fassadenarbeiten für die Investitionsmaßnahme des Kreises nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz; Fenstererneuerung und Fassadendämmung | 23/005/2010/1 |
| 25. | Förderschule für Geistige Entwicklung, Virneburg Straße / Langenfeld
Vergabe der Garten- und Landschaftsbauarbeiten | 23/006/2010/1 |
| 26. | Auftragsvergabe: Schülerbeförderung zu den Förderschulen des Kreises Mettmann ab dem Schuljahr 2010 / 11 | 40/004/2010 |
| 27. | WFB - Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH
- Bestellung der stellvertretenden Geschäftsführerin | 01/003/2010 |
| 28. | Nachträge | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil fristgerecht um den Beratungspunkt

- 20.1** Übermittlung personenbezogener Daten an die ZSS (zentrale Speicherstelle)
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE.

erweitert wurde.

Zudem schlägt er vor, den Beratungspunkt

- 7.** Rückzug des Landschaftsplans aus einem Teilbereich in Velbert: Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Velbert; Teilfläche "Wilhelmshöhe";
Beteiligung gemäß §4 Absatz 2 Baugesetzbuch sowie § 29 Absatz 4 Landschaftsgesetz NW

von der Tagesordnung abzusetzen, da in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung vom 25.02.2010 beschlossen wurde, den Tagesordnungspunkt noch einmal in der nächsten Fachausschusssitzung zu beraten.

KA Völker bittet, die Beratungen zu Tagesordnungspunkt

16. Errichtung von Kompetenzzentren für die sonderpädagogische Förderung im Kreis Mettmann 40/008/2010

wegen Beratungsbedarfs in die Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 zu vertagen.

Landrat Hendele weist anschließend darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt

- 21.** Haushalt 2010
1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2010
a) Gesamtergebnisplan
b) Gesamt finanzplan
2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2010

eine nach Produkten sortierte aktualisierte Zusammenstellung aller im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beratenden

- Anträge der Fraktionen zum Kreisausschuss
- Anträge der Fraktionen, über die in den Fachausschüssen nicht abschließend beraten wurde (Reste)
- Veränderungsanträge der Verwaltung/des Landrats

ausliegt.

Zu Tagesordnungspunkt

- 24.** Berufskolleg Niederberg - Vergabe der Fassadenarbeiten für die Investitionsmaßnahme des Kreises nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz/ Fenstererneuerung und Fassaden-dämmung

liegen als Tischvorlage das Submissionsergebnis sowie der Vergabevorschlag aus.

Landrat Hendele schlägt vor, die Beratungen heute um 18.30 Uhr zu unterbrechen und sie bei Bedarf in den folgenden Kreisausschusssitzungen am 11.03.2010 oder 15.03.2010 fortzusetzen.

Die Kreisausschussmitglieder sind mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden und stimmen der so geänderten Tagesordnung zu. Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die so geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Vor Einstieg in die Beratungen händigt Landrat Hendele KA Carraro die Ernennungsurkunden aus und vereidigt ihn anschließend zum Ehrenbeamten des Kreises.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.12.2009

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 17.12.2009 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

- entfällt -

Zu Punkt 4: Einbringung eines strategischen Zielprogrammes des Kreistages - Vorlage Nr. 01/001/2010

Die Mitglieder des Kreisausschusses verständigen sich darauf, den Entwurf eines strategischen Zielprogrammes heute lediglich in erster Lesung zur Kenntnis zu nehmen. Das weitere Beratungsverfahren bedarf noch fraktionsinterner und interfraktioneller Abstimmung. Ziel ist jedoch, über die strategische Ausrichtung noch vor der Sommerpause zu beraten.

Zu Punkt 5: Rückzug des Landschaftsplans aus einem Teilbereich in Langenfeld:
145. Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan Nr. B-40
"Weißenstein/Düsseldorfer Straße" der Stadt Langenfeld;
Beteiligung gemäß § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch sowie § 29 Absatz 4
Landschaftsgesetz NW
- Vorlage Nr. 63/038/2009

Beschluss:

Der 145. Flächennutzungsplanänderung wird im Bereich des Entwicklungszieles 2 „Anreicherung“ und im Bereich der Festsetzungen „Immissionsschutzpflanzung“, „Reitweg“ sowie „Sondernutzung Aufforstung“ gemäß der Darstellung in der Anlage 1 dieser Vorlage mit der Folge nicht widersprochen, dass mit dem In-Kraft-Treten des Bebauungsplanes Nr. B-40 „Weißenstein/Düsseldorfer Straße“ der Stadt Langenfeld die widersprechenden Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplanes dort außer Kraft treten. Weiterhin wird die Anregung der unteren Landschaftsbehörde zur deutlichen Verbreiterung des Grünstreifens entlang des Galkhausener Baches unterstützt.

Sollte die Möglichkeit für eine spätere naturnahe und leitbildgemäße Gestaltung des Baches einschließlich seines Landlebensraumes auch dadurch erreicht werden, dass auf der Ostseite des Baches außerhalb dieser Bauleitplanung ein ausreichend breiter Grünstreifen dauerhaft festgesetzt bzw. vorgehalten wird, kann diese Anregung in diesem Bauleitplanverfahren als gegenstandslos betrachtet werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 6: Rückzug des Landschaftsplans aus einem Teilbereich in Ratingen:
Bebauungsplan Nr. EG 366 und 90. Flächennutzungsplanänderung
"Zu den Höfen/Kesselsströttchen" der Stadt Ratingen;
Beteiligung gemäß §§ 4 Absatz 1 Baugesetzbuch sowie 29 Absatz 4
Landschaftsgesetz NW
- Vorlage Nr. 63/004/2010

Beschluss:

Der 90. Flächennutzungsplanänderung wird im Bereich des Entwicklungszieles Nr. B 1.2-8 „Anreicherung“ gemäß der Darstellung in der Anlage 1 „Auszug aus dem Landschaftsplan“ dieser Vorlage mit der Folge nicht widersprochen, dass mit dem In-Kraft-Treten des Bebauungsplanes Nr. EG 366 „Zu den Höfen/Kesselsströttchen“ der Stadt Ratingen die widersprechende Darstellung des Landschaftsplanes dort außer Kraft tritt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 7: Rückzug des Landschaftsplans aus einem Teilbereich in Velbert: Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Velbert; Teilfläche "Wilhelmshöhe"; Beteiligung gemäß §4 Absatz 2 Baugesetzbuch sowie § 29 Absatz 4 Landschaftsgesetz NW
- Vorlage Nr. 63/006/2010**

wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Formalien)

**Zu Punkt 8: Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit hier: Antrag der Fraktion UWG-ME vom 03.02.2010
- Vorlage Nr. 01/002/2010**

KA Kanschäat erläutert zunächst den Antrag seiner Fraktion.

Auf Nachfrage von KA Carraro bestätigt Landrat Hendele, dass mögliche Kooperationsfelder zur Interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Kreis und Städten bzw. Städten untereinander ein Dauerthema darstelle. Auch wenn Verhandlungen zur Zusammenarbeit in der Regel schwierig sind, konnten in der Vergangenheit bereits kleine Fortschritte erzielt werden. Viele in dem Antrag der Fraktion UWG-ME angesprochene Arbeitsfelder betreffen jedoch städtische Zuständigkeiten, bei denen der Kreis lediglich eine moderierende Rolle einnehmen könne.

Die Mitglieder des Kreisausschusses betonen, dass die interkommunale Zusammenarbeit ein großes Anliegen aller Fraktion sei.

KA Kanschäat modifiziert den Beschlussvorschlag des Antrages seiner Fraktion, wonach nur noch die Kooperationsfelder Bauhöfe und Rechnungsprüfungsämter in die Abfrage einbezogen werden.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den so geänderten

Beschluss:

Der Landrat wird gebeten, bei den kreisangehörigen Städten abzufragen und in einem Bericht dem Kreisausschuss vor der Sommerpause 2010 vorzulegen, in wie weit interkommunale Zusammenarbeit zur Generierung von Synergieeffekten in den Kooperationsfeldern:

- Bauhöfe
- Rechnungsprüfungsämter

anzustreben oder ausbaufähig sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 9: Erstellung eines Organisations- und Personalentwicklungskonzeptes hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 12.02.2010
- Vorlage Nr. 01/005/2010**

KA Wedel erläutert die Hintergründe des Antrages seiner Fraktion. Angesichts der finanziell schwierigen Zeiten müssten Maßnahmen getroffen werden, um den stetig steigenden Personalkosten entgegenzuwirken. Ein Organisations- und Personalentwicklungskonzept ermögliche es dem Kreistag, politische Weichen zu stellen.

KA Carraro wertet den Antrag als populistisch. Dieser Antrag leiste zudem der permanenten Personalkostendiskussion in den kreisangehörigen Städten Vorschub. Er erinnert an weitreichende Kürzungsbeschlüsse des Kreistages. Abschließend weist er darauf hin, dass ein solches Entwicklungskonzept im Zusammenhang mit der strategischen Zieldiskussion erörtert werden müsse.

KA Dr. Ibold stimmt für seine Fraktion der Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes zu, macht aber deutlich, dass seine Fraktion ein Personalrationalisierungskonzept nicht mittragen würde.

Landrat Hendele weist abschließend darauf hin, dass auch bisher die Entwicklung der Personalkosten gegenüber der Politik transparent und nachvollziehbar dargelegt wurde. Der Anteil der Personalkosten am Gesamthaushaltsvolumen liege mit 14 % deutlich unter dem Schnitt vieler anderer Kommunen. Er macht deutlich, dass aufgrund der Übertragung weiterer Aufgaben (Versorgungs- und Umweltverwaltung), der Beschlusslage des Kreistages (z.B. Kompetenzagentur) sowie des Abschlusses vieler Zeitverträge mit Mitarbeitern der ARGE ME-aktiv die Brutto-Personalkosten zwar deutlich gestiegen seien, dem jedoch auch Erstattungen gegenüber stehen.

Schließlich erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Organisations- und Personalentwicklungskonzept für den Kreis Mettmann zu erstellen und dem Kreisausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10: Stellenplan 2010 - Vorlage Nr. 10/002/2010

KA Wedel dankt der Verwaltung zunächst für die Beantwortung der Anfrage. Er erinnert an seinen Antrag zum Haushalt 2009 zur jährlichen Einsparung von Personalkosten in Höhe von 250.000 € und erklärt, dass es nicht Sinn und Zweck dieses Antrags war, eine Verschiebung von den Personal- hin zu den Sachkosten zu bewirken. Er bittet deshalb hinsichtlich der Auflösung der Gehaltsstelle um Darstellung, in welcher Höhe nunmehr Erstattungen an die Rheinischen Versorgungskassen (RVK) zu leisten sind.

Außerdem weist er darauf hin, dass Ziffer 2 dieses Antrages (*Der Landrat wird beauftragt, dem Unterausschuss für Personalfragen einen Maßnahmenkatalog zur Deckelung der Personalaufwendungen im Finanzplanungszeitraum vorzulegen.*) bisher nicht umgesetzt wurde.

Schließlich bittet er darum, künftig auf Standardformulierungen bei den Personalaufwendungen wie z.B. *„Eine personalwirtschaftliche Maßnahme hat dazu geführt, dass...“* zu verzichten. Stärkere Schwankungen und Veränderungen sollten nachvollziehbar erklärt werden.

Landrat Hendele erläutert, dass Einsparungseffekte u.a. darin begründet seien, dass Mitarbeiter aus den aufgelösten Bereichen „Gehalts- und Beihilfestelle“ auf andere, freie Stellen umgesetzt wurden, die sonst mit externen Bewerbern hätten besetzt werden müssen.

Herr Kohnert sagt ergänzend zu, bis zur Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 genau aufzuschlüsseln, in welcher Höhe Personalkosten eingespart wurden und in welcher Höhe nunmehr Sachkosten für die RVK entstehen.

KA Völker beantragt, im Stellenplan eine B 2-Stelle mit einem „kw-Vermerk“ zu versehen.

KA Dr. Ibold spricht sich nachdrücklich für die Beibehaltung aller B 2-Stellen aus.

KA Lassmann beantragt, die Fachstelle Frau und Beruf zu erhalten und dafür eine ½ -Stelle (vorzugsweise im Bereich der Wirtschaftsförderung) einzurichten.

Im Zusammenhang mit der Anfrage der Fraktion UWG-ME erläutert Herr Kohnert die neuen Regelungen zur Altersteilzeit im voraussichtlich in Kürze in Kraft tretenden Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Die Möglichkeit der Altersteilzeit soll demnach wieder eingeführt werden, jedoch mit schlechteren Rahmenbedingungen. So dürfen z.B. maximal 2,5 % gemessen an der Anzahl der Gesamtbeschäftigten die Altersteilzeit in Anspruch nehmen. Weitere Anträge haben keine Aussicht auf Erfolg. Da die Konditionen für die Beschäftigten im Vergleich zu den bisherigen Regelungen verschlechtert wurden und der Kreis zudem für die nächsten Jahre die Quote von 2,5 % übererfüllt, ist eine Altersteilzeit für Tarifbeschäftigte faktisch ausgeschlossen. Um die Gleichbehandlung mit den Beamten zu gewährleisten, soll auch für die Beamten auf die bis zum 31.12.2012 bestehende Möglichkeit, Altersteilzeit zu beantragen, verzichtet werden.

KA Kanschat erklärt, dass sich die Anfrage erledigt hat.

Auf Nachfrage von KA Dr. Ibold erläutern Landrat Hendele und Herr Kohnert das Verfahren der notenabhängigen Übernahme für Auszubildende und legen dar, wie viele Mitarbeiter in Telearbeit arbeiten bzw. wie viele entsprechende Anträge derzeit vorliegen.

Anschließend wird der Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung in die Sitzung des Kreis-ausschusses am 11.03.2010 verwiesen.

Zu Punkt 11: Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 20/014/2010

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, mit der Fortschreibung des 2. Nahverkehrsplanes des Kreises Mettmann mit gutachterlicher Unterstützung zu beginnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 12: Projekt ALTERnativen 60plus - Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann - Abschlussbericht - Vorlage Nr. 50/001/2010/1

Die Mitglieder des Kreis Ausschusses bewerten den vorgelegten Bericht als hervorragende Grundlage für eine solide Altenpolitik. Die Problematik eines zu hohen Anteils stationärer Heimunterbringungen im Kreis Mettmann lässt sich so jedoch leider nicht lösen. Den kreisangehörigen Städten soll noch einmal die Auswirkung des Ausbaus weiterer Heimplätze auf die Kreisumlage verdeutlicht werden.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag in folgendem Punkt geringfügig modifiziert werden sollte:

- ~~Es wird beantragt, die~~ Die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Projekt zu ~~intensivieren~~ *wird intensiviert*, beispielsweise durch den verbesserten Zugang zum Internetauftritt und weitere, frei zugängliche Medien des Kreises.

KA Wedel beantragt zudem, im Beschlussvorschlag das Wort „Heimeinweisung“ in „Heimunterbringung“ abzuändern.

Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den so geänderten

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die im Abschlussbericht unter Punkt 7 dargestellten weiteren Schritte zur Ambulantisierung der Hilfe zur Pflege einzuleiten, insbesondere

- Die Arbeit für Menschen mit demenziellen Erkrankungen durch Kooperation fortzuführen
- Eine Verbesserung der Wohnsituation im häuslichen Umfeld durch geeignete Maßnahmen, auch in Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften anzustreben
- Die Schaffung weiterer Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen zu ermöglichen
- Das bürgerschaftliche Engagement im Kreis Mettmann weiter zu stärken
- Komplementären Diensten, die älteren Menschen den Verbleib in der Häuslichkeit erleichtern, mehr Geltung verschaffen
- Maßnahmen zu ergreifen und Initiativen zu stärken, die der Vereinsamung älterer Menschen entgegen wirken
- Die Neuausrichtung der Begegnungsstättenarbeit aktiv begleiten, kontrollieren und regelmäßig evaluieren

Ziel der Maßnahmen ist es, dazu beizutragen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen möglichst lange zufrieden in ihrem bisherigen Wohnumfeld verweilen und dadurch die zu erwartenden Kostensteigerungen im Bereich der stationären Pflege und des Pflegewohngeldes reduziert werden können.

- Die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Projekt wird intensiviert, beispielsweise durch den verbesserten Zugang zum Internetauftritt und weitere, frei zugängliche Medien des Kreises.
- Die Einrichtung einer Beratungshotline soll weiter geprüft werden. Es wird als Muster auf die Hotline des Kreises Neuss verweisen.
- Die unterschiedliche Beratungsqualität der Pflege-Wohnberatung in den einzelnen Städten soll überprüft werden. Die Qualität und Wartezeit ist sehr unterschiedlich. Kommunen, die kein gutes Angebot bereithalten, sollten entsprechend beraten werden.
- Es sollte weiterhin geprüft werden, ob Maßnahmen erforderlich sind, die eine dauerhafte Heimunterbringung alleinlebender alter Menschen nach Krankenhausaufenthalt und nachfolgender zeitweiser Hilflosigkeit unterbinden können.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten zu nutzen, um weitere Überkapazitäten in stationären Betreuungseinrichtungen zu verhindern. Hierzu sollen Gespräche mit den kreisangehörigen Städten, Investoren und beteiligten Dritten geführt werden. Auf die finanziellen Auswirkungen weiterer Überkapazitäten für den Kreishaushalt und die städtischen Haushalte sowie etwaige Steuerungsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung soll hingewiesen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 13: Neuorganisation des SGB II - Wahrnehmung der Optionsmöglichkeit i. S. des § 6a SGB II - Vorlage Nr. 50/004/2010

Landrat Hendele stellt zunächst fest, dass sich zu Zeiten, als entweder die getrennte Aufgabenwahrnehmung oder die Optionslösung als Nachfolgemodell der ARGEN diskutiert wurden, eine klare Tendenz des Kreises und der kreisangehörigen Städte für die Option abgezeichnet habe.

Hinsichtlich der Kritik des Bürgermeisters der Stadt Langenfeld Rhld. betont er, dass Optionskommunen finanziell nicht anders vom Bund ausgestattet werden, als Kommunen, die eine ARGE gebildet haben. Keinesfalls werde er dem Kreistag ein Modell vorschlagen, das die kommunalen Haushalte belaste.

Da sich die Rahmenbedingungen zwischenzeitlich wieder geändert haben, sollte abgewartet werden, zu welchen Ergebnissen die eingesetzte „Neuner-Kommission“ kommt. Erst wenn die Rahmenbedingungen endgültig feststehen, kann der Kreistag eine fundierte Entscheidung treffen.

Herr Richter erläutert die aktuelle Situation sowie die derzeit diskutierten Alternativen zur Option. Er unterstreicht, dass er sich für eine Option nur dann aussprechen würde, falls die Rahmenbedingungen stimmen. Eine Option unter der Fachaufsicht des Bundes käme für ihn zum Beispiel nicht in Frage.

Da die „Neuner-Kommission“ erst am 25.03.2010 tagt, sind bis zur Sitzung des Kreistages am 22.03.2010 keine neuen Erkenntnisse zu erwarten. Die Mitglieder des Kreisausschusses vereinbaren daher, auf eine erneute Diskussion im Kreistag zu verzichten.

Zu Punkt 14: Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/001/2010

Beschluss:

1. Den Gebühren in Höhe von
 - 174,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin,
 - 174,-- € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin bei der Verlegung eines Notfallpatienten / einer Notfallpatientin und
 - 93,-- € für den Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeugeswird unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Gebührenkalkulation (Anlage 1) zugestimmt.
2. Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann in der Fassung der Anlage 2 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 15: Maßnahmen im Rahmen des Konjunktur-Pakets II (Zukunftsinvestitionsgesetz) <ul style="list-style-type: none">- Sachstandsbericht- Beschluss über neue Maßnahmen- Vorlage Nr. 23/002/2010/1

KA Völker verweist auf ein Schreiben der Schulleiterin des Berufskollegs Niederberg, in dem anstelle der Fassadendämmung und Fenstererneuerung nunmehr die Errichtung einer Schulmensa aus Mitteln des Konjunkturpaketes II gewünscht wird.

Die Schulleitung des Berufskollegs Niederberg hat dazu das Konzept des Berufskollegs Neandertal vorgelegt und vertritt die Auffassung, dass es möglich sei, eine Mensa in modularer Bauweise auf dem Gelände des Berufskollegs Niederberg zu bauen. Diese Lösung wäre wesentlich kostengünstiger umzusetzen als der Bau einer Mensa am Berufskolleg Neandertal.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stellen zunächst fest, dass dieses Schreiben nicht jeder Fraktion vorliegt. Sie nehmen anschließend grundsätzlich zur Frage von Mensabauten an Berufskollegs Stellung.

Die Frage von KA Völker, ob es möglich sei, die Mittel für die geplante Fassadendämmung und Fenstererneuerung nunmehr doch für einen Mensabau am BK Niederberg einzusetzen, beantwortet Frau Haase dahingehend, dass eine Aufhebung der submittierten Ausschreibung zur Vergabe der Fassadendämmung und Fenstererneuerung nicht möglich sei. Der „schwerwiegende Grund“, der vorliegen muss, um die Ausschreibung aufheben zu können, sei nicht gegeben. Sie führt zudem aus, dass die Sanierung von Fassade und Fenstern seitens der Schule bisher immer als sehr dringlich eingestuft wurde. Unabhängig davon müssten nach dem Konjunkturpaket II förderfähige Maßnahmen bis Ende des Jahres 2010 beauftragt und bis Ende des Jahres 2011 abgeschlossen sein. Dieser Zeitplan wird kaum einzuhalten sein, da die Schule bisher weder ein Betreiberkonzept vorlegen, noch Folgekosten darstellen konnte. Die vorgelegten Konzepte sind die, die das Berufskolleg Neandertal erarbeitet hat. Abschließend stellt Frau Haase fest, dass die Verwaltung von dem Vorstoß der Schulleiterin am Berufskolleg Niederberg völlig überrascht wurde. Die Verwaltung schlägt vor, die Fassadendämmung und Fenstererneuerung aus Mitteln des Konjunkturpaketes II zu finanzieren.

Im Laufe der Diskussion bittet KA Völker die Verwaltung zu prüfen, ob ein Mensabau am BK Niederberg außerhalb des Konjunkturpaketes realisiert werden kann. Nach Aussprache hierzu schlägt KA Carraro vor, den Prüfauftrag wie folgt zu erweitern:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Bau von Mensen an den Berufskollegs geplant und umgesetzt werden kann.

Mit dieser Erweiterung des Prüfauftrages erklärt sich KA Völker einverstanden. Ziel des Prüfauftrages sei nicht der Wettbewerb zwischen den Berufskollegs in Velbert und Mettmann, es soll jedoch geprüft werden, ob nicht wenigstens an einem Standort eine Mensa errichtet werden kann, um weiterhin mit umliegenden Berufskollegs und –schulen konkurrieren zu können. Im Kern gehe es darum, eine möglichst kostengünstige Lösung zu finden.

KA Wedel beantragt schließlich, den Beschlussvorschlag dahingehend zu modifizieren, die Umsetzung der Maßnahme 3.11 davon abhängig zu machen, ob im Rahmen des Konjunkturpaketes II Mittel über die Tauschbörse sichergestellt werden können.

Der Sachstandsbericht zum Konjunkturpaket II wird zur Kenntnis genommen.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über den geänderten bzw. ergänzten

Beschluss:

Den Ergänzungen der Maßnahmen 2.09, 2.17 und 2.15 wird zugestimmt. Für die Umsetzung der Maßnahme 3.11 wird geprüft, ob Mittel über die Tauschbörse sichergestellt werden können.

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Bau von Mensen an den Berufskollegs geplant und umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 16: Errichtung von Kompetenzzentren für die sonderpädagogische Förderung im Kreis Mettmann
- Vorlage Nr. 40/008/2010/1**

wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Formalien)

**Zu Punkt 17: Wahl des Beirats gemäß § 11 Landschaftsgesetz NRW
- Vorlage Nr. 63/001/2010/1**

Wahl:

In den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Mettmann werden folgende ordentliche und stellvertretende Mitglieder gewählt.

ordentliches Mitglied

Lindemann, Jürgen
Donner, Dieter

Dr. Bruckhaus, Alfred
Commeßmann, Michael

Haase, Wolfgang
Wolfesperger, Heinrich
Dr. Ruthardt, Martina

Hassel, Reinhart

Oetelshofen, Ernst-Günter
Kircher, Johannes

Zech, Reinhard

stellvertretendes Mitglied

BUND

Kübler, Sven
Roth, Claudia

NABU

Sternberg, Wolfgang
Rotzal, Markus

LNU

Schüller, Friedhelm
Sackel, Friedel
Alfermann, Dirk

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Ruppel, Dieter

Landwirtschaftsverband

Aschenbroich, Josef
Kneer, Bernd

Waldbauernverband NRW e.V.

Dr. Piest, Eberhard

gemeinsamer Vorschlag der Landesverbände Gartenbau Rheinland e.V., Gartenbau Westfalen-Lippe e.V. sowie des Provinzialverbandes Rheinischer Obst- und Gemüsebauer e.V.

Gerber, Siegfried

Gajda, Ronald

Landesjagdverband NRW e.V.

Weniger, Reinhardt

Beschnitt, Gerd

LandesSportBund Nordrhein-Westfalen e.V.

Schmidt, Ulrike

Bruser, Karl Heinz

Fischereiverband NRW e.V.

Griese, Klaus

Krüger, Hartmut

Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker e.V. und Imkerverband Rheinland e.V.

Prager, Wilfried

Brosig, Adelheid

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 18:	7. Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 70/002/2010
---------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beschluss:

Die 7. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann (Anlage 3) einschließlich der zugrunde liegenden Gebührenbedarfsberechnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 19:	5. Änderungsverfahren des Landschaftsplans des Kreises Mettmann, Offenlagebeschluss - Vorlage Nr. 63/008/2010
---------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

KA Dr. Ibold erläutert, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird, da mit der Änderung bei sinkenden Einwohnerzahlen insgesamt eine Nettoentnahme aus dem Landschaftsplan von 20 ha verbunden wäre.

Beschluss:

Der der Vorlage-Nr. 63/034/2009 ULAN anliegende Entwurf zur 5. Änderung des Landschaftsplanes Kreis Mettmann, bestehend aus Text und Plandarstellungen, ist mit den in den Anlagen 1 und 2 dieser Vorlage dargestellten Änderungen gemäß § 27 c Abs. 1 Landschaftsgesetz NW für die Dauer eines Monats, und zwar vom

19.04. bis 18.05.2010

bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Mettmann öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 20: Nachträge

Zu Punkt 20.1: Übermittlung personenbezogener Daten an die ZSS (zentrale Speicherstelle) hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23.02.2010 - Vorlage Nr. 01/006/2010

Landrat Hendele erklärt, dass die Übermittlung personenbezogener Daten ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften erfolge. Darüber hinaus gehende Daten werden nicht weitergegeben. Herr Kohnert teilt ergänzend mit, welche Daten im Einzelnen gemeldet werden müssen.

KA Kuchler zieht anschließend den Antrag ihrer Fraktion zurück.

Landrat Hendele unterbricht die Sitzung von 17.22 Uhr bis 17.30 Uhr.

Zu Punkt 21: Haushalt 2010 1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2010 a) Gesamtergebnisplan b) Gesamt finanzplan 2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2010 - Vorlage Nr. 20/017/2010

Zum Verfahren teilt Landrat Hendele mit, dass für die Haushaltsberatungen das bekannte schriftliche Antragsverfahren Anwendung findet. Die eingereichten Anträge der Fraktionen, die Anträge, die in den Fachausschüssen nicht abschließend beraten wurden und die zusätzlichen Änderungsvorschläge der Verwaltung liegen allen Mitgliedern des Kreisausschusses als Tischvorlage (Anlage 4) vor.

Der Landrat wird die einzelnen Produktbereiche mit den dazugehörenden Produkten aufrufen. Die Änderungsanträge stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an.

Beratungsgrundlage bildet der am 14.01.2010 eingebrachte Haushaltsentwurf in der von den Fachausschüssen vorberatenen Form, d.h. in der Fassung der vorliegenden Veränderungsnachweise.

KA Wedel bittet, die Liste der freiwilligen Aufgaben bis zur Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 zu überarbeiten. Es bestehen Abweichungen zwischen den dort aufgeführten Beträgen und den entsprechenden Erträgen und Aufwendungen in den betroffenen Produkten.

Produktbereich 01 (Innere Verwaltung)
Produkte 01.01.01 - 01.16.01

Produkt 01.01.01 (Ziffer 1 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Für die Arbeit der Fraktionen und zur Vermeidung von Nachfragen bei der Verwaltung sollte der Stand gefasster Beschlüsse jederzeit einsehbar sein. Zur Nutzung von Synergieeffekten ist das Controllingverfahren mit dem KIS im Internet zu verbinden.

Landrat Hendele schlägt vor, die Möglichkeit eines Beschlusscontrollings im Rahmen eines ohnehin anberaumten Gesprächs mit der Softwarefirma des Kreistagsinformationssystems zu thematisieren. Er favorisiert eine softwaregestützte Lösung und schlägt vor, in der Sitzung des Kreisausschusses am 28.06.2010 über das Ergebnis zu berichten. Sollte eine technisch unterstützte Lösung nicht möglich sein, sollen auch Alternativen dargelegt werden.

KA Wedel gibt zu Bedenken, dass für die politischen Gremien vor allem eine Übersicht über bisher nicht umgesetzte Beschlüsse wichtig ist, weniger eine über bereits erledigte. Ggf. sollte darüber nachgedacht werden, die Rechnungsprüfungsordnung zu ändern, um die Aufgabe des Beschlusscontrollings im Rechnungsprüfungsamt zu installieren.

Dem von Landrat Hendele vorgeschlagenen Verfahren stimmen die Mitglieder des Kreisausschusses einstimmig zu.

Produkt 01.04.02 (Ziffer 2 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Fraktion UWG-ME:

Im Rahmen des gesamten Raumkonzeptes wird seitens der Verwaltung geprüft, ob der Kantinebetrieb so konzipiert werden kann, dass er künftig von einem Pächter kostendeckend betrieben werden kann.

Nachdem Landrat Hendele und Frau Haase versichern, dass die Frage der Unterbringung und Bewirtschaftung einer Kantine ohnehin Bestandteil des Raumkonzeptes ist, zieht KA Kanschat den Antrag seiner Fraktion zurück.

Produkt 01.09.01 (Ziffer 3 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der FDP-Fraktion:

Die Verwaltung wird mit der Vorlage einer Konzeption für die Einführung einer Kosten-Leistungsrechnung für die Kreisverwaltung beauftragt. Die Konzeption soll dem Kreisausschuss vorgelegt werden. Von Interesse sind insbesondere der beabsichtigte Umfang der gegebenenfalls sukzessiven Einführung, der angestrebte Detaillierungsgrad und der geplante Zeithorizont.

KA Wedel erläutert zunächst den Hintergrund seines Antrages und führt aus, dass eine Kosten- und Leistungsrechnung nicht zwingend Bestandteil des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ist. Wichtig sei seiner Fraktion die Darstellung eines Zeithorizontes zur Einführung.

Herr Herweg betont, dass die Kosten- und Leistungsrechnung sehr aufwändig einzuführen und umzusetzen ist. Er rät, sie nicht in der Gesamtverwaltung einzuführen, sondern auf solche Bereiche zu begrenzen, in denen es sich lohnen würde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Anschließend wird der Produktbereich 01 einstimmig angenommen.

Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)

Produkte 02.01.01. - 02.08.01

Der Produktbereich 02 wird einstimmig bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)

Produkte 03.01.01 – 03.05.01

Produkt 03.01.02 (Ziffer 4 der Tischvorlage)

S. 422

Zeile 26 (Mensa 2)

	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt) in €	121.350	374.100	59.100	59.100
Planansatz (neu) in €	121.350	59.100	59.100	374.100

Für das Berufskolleg Neandertal war für die Jahre 2010 / 2011 die Errichtung einer Mensa im Rahmen der Ganztagsberufsschule geplant, da die Nachfrage nach Ganztagsberufsschulen durch Ausbildungsunternehmen / Innungen sich zunehmend erhöht. Das Berufskolleg Neandertal nimmt in diesem Zusammenhang bereits an dem wissenschaftlich begleiteten Modellversuch "GigS – Ganztagsberufsschule in der gesunden Schule" teil. Die Berufsschule tritt hierbei als Ganztagsberufsschule unter neu gestalteten organisatorischen Rahmenbedingungen und methodisch-didaktischen Veränderungen mit integriertem Sport-, Ernährungs- und Gesundheitskonzept auf. Um die Beschulung von Schülern am Nachmittag überhaupt ermöglichen und des Weiteren eine ganzheitliche Gesundheitsförderung sicherstellen zu können, ist eine gesunde Mittagsverpflegung unerlässlich. Diese sollte künftig in einer zu errichtenden Mensa angeboten werden. Bedingt durch die angespannte Haushaltslage soll die Errichtung der Mensa jedoch in das Jahr 2013 verschoben werden. Auf die Veranschlagung von Planungsmitteln zur Erstellung eines Bewirtschaftungs- und Einrichtungskonzeptes wird aus diesem Grund derzeit ebenfalls verzichtet. Die seitens des Liegenschaftsamtes benötigten Mittel für den Bau der Mensa sind ebenfalls für das Jahr 2013 vorgesehen.

Veränderungsantrag des Landrats:

Auf die Veranschlagung von Planungsmitteln zur Erstellung eines Bewirtschaftungs- und Einrichtungskonzeptes für den Bau einer Mensa am Berufskolleg Neandertal wird derzeit verzichtet.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 03.01.02 (Ziffer 5 der Tischvorlage)

S. 422

Zeile 26 (Mensa 3)

	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt) in €	120.850	414.600	99.600	99.600
Planansatz (neu) in €	100.850	99.600	99.600	99.600

Für das Berufskolleg Niederberg war für die Jahre 2011 / 2012 die Errichtung einer Mensa im Rahmen der Ganztagsberufsschule geplant, da die Nachfrage nach Ganztagsberufsschulen durch Ausbildungsunternehmen / Innungen sich zunehmend erhöht. Die Berufsschule tritt hierbei als Ganztagsberufsschule unter neu gestalteten organisatorischen Rahmenbedingungen und methodisch-didaktischen Veränderungen mit integriertem Sport-, Ernährungs- und Gesundheitskonzept auf. Um die Beschulung von Schülern am Nachmittag überhaupt ermöglichen und des Weiteren eine ganzheitliche Gesundheitsförderung sicherstellen zu können, ist eine gesunde Mittagsverpflegung unerlässlich. Diese soll künftig in einer zu errichtenden Mensa angeboten werden. Bedingt durch die angespannte Haushaltslage soll die Errichtung der Mensa jedoch vorerst verschoben werden. Auf die Veranschlagung von Planungsmitteln zur Erstellung eines Bewirtschaftungs- und Einrichtungskonzeptes wird aus diesem Grund derzeit ebenfalls verzichtet. Der Bedarf sowie die Größenordnung der Mensa werden im Rahmen der Zukunftsplanung Berufskollegs im Jahr 2010 untersucht.

Veränderungsantrag des Landrats:

Auf die Veranschlagung von Planungsmitteln zur Erstellung eines Bewirtschaftungs- und Einrichtungskonzeptes für den Bau einer Mensa am Berufskolleg Niederberg wird derzeit verzichtet.

Der Antrag wird einstimmig bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Anschließend wird der Produktbereich 03 mehrheitlich angenommen

6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 04 (Kultur und Wissenschaft)
Produkte 04.01.01 – 04.01.02

Produkt 04.01.01 (Ziffer 6 der Tischvorlage)

S. 543
Zeile 16

	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt) in €	66.750	61.750	46.750	46.750
Planansatz (neu) in €	46.750	61.750	46.750	46.750

Veränderungsantrag der FDP-Fraktion:

Wegen der angespannten Haushaltslage soll eine Veröffentlichung der historischen Dokumentation „Wahlen im Kreis Mettmann 1816 bis 1999“ auf der Homepage des Kreises erfolgen.

Die Verwaltung erläutert, dass der eingestellte Betrag von 20.000 € für einen Text- und Bildband als "Historische Dokumentation Neandertal" vorgesehen ist, der im Projekt „Masterplan Natur-Kultur-Neandertal“ erstellt wurde und 2010 als gedrucktes Werk publiziert werden soll. Das Material wurde im Rahmen eines Werkvertrages bereits im Werkvertrag erfasst und entsprechend verzeichnet. In den entsprechenden Erläuterungen zum Haushaltsentwurf ist nur ungenau von einer „historischen Dokumentation“ die Rede. Die Herausgabe einer Veröffentlichung zum Thema "Wahlen im Kreis Mettmann 1816 bis 1999" ist erst für das Jahr 2011 vorgesehen, und nicht – wie im Haushaltsplan auf Seite 543 / 544 Zeile 5 vermerkt – Ende 2010.

Daraufhin zieht KA Wedel diesen Antrag zurück und beantragt stattdessen die entsprechende Ertragsposition für den Verkauf der Dokumentation in Höhe von 1.000,-- € zu streichen.

S. 543
Zeile 5

	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt) in €	16.400	16.700	15.400	15.400
Planansatz (neu) in €	15.400	16.700	15.400	15.400

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Produktbereich 04 wird mehrheitlich angenommen-
6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 05 (Soziale Leistungen)
Produkte 05.01.01 – 05.06.05

Produktbereich 05 (Ziffer 7 der Tischvorlage)

Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Die Fraktion DIE LINKE fragt an, mit welchen Kosten bzw. mit welcher Ersparnis die Umwandlung von 34 stationären Wohnheimplätzen in Ratingen in ambulante, betreute Wohneinheiten verbunden ist. Welche qualitativen Unterschiede entstehen hierdurch?

Frau Haase beantwortet die Anfrage dahingehend, dass die Umwandlung der stationären Wohnplätze des Wohnverbundes Ratingen weder aus pädagogischer noch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll sei.

Im stationären Bereich des Wohnverbundes in Ratingen leben noch 34 Bewohnerinnen und Bewohner. Es wurde geprüft, ob für diese Bewohner der Schritt in das Betreute Wohnen eine Verbesserung der Teilhabe an einem Leben in der Gemeinschaft bedeuten würde. Dies ist nicht der Fall.

Der Landschaftsverband Rheinland fördert den Abbau stationärer Plätze durch ein Anreizprogramm. Hierbei handelt es sich um eine Einmalzahlung. Bei den verbleibenden 34 Bewohnerinnen und Bewohnern im Wohnheim würde die Einmalzahlung theoretisch 680.000,- Euro betragen. Da ein immenser Unterstützungsbedarf bzw. eine permanente Anwesenheit des Betreuungspersonals notwendig ist, entstünden allerdings erhebliche Personalkosten.

KA Kuchler erklärt, dass die Anfrage ausreichend beantwortet wurde.

Der Produktbereich 05 wird mehrheitlich angenommen.

- 6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 06 (Kinder- Jugend und Familienhilfe)
Produkt 06.01.01 – 06.02.01

Der Produktbereich 06 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 07 (Gesundheitsdienste)
Produkte 07.01.01 – 07.03.01

Produkt 07.01.02 (Ziffer 8 der Tischvorlage)

S. 757
Zeile 15

	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt) in €	70.500	71.300	72.100	72.900
Planansatz (neu) in €	80.500	71.300	72.100	72.900

Veränderungsantrag der SPD-Fraktion:

Das Defizit von Pro Familia beläuft sich auf 23.000 €. Die Erhöhung des Ansatzes soll dazu dienen, das Defizit abzumildern und dazu führen, dass das Angebot hinsichtlich der Schwangerschaftskonfliktberatung und der Sexualberatung im Kreis Mettmann nicht ausgedünnt wird.

KA Carraro macht deutlich, dass die 10.000 € als einmalige Hilfe für das Jahr 2010 und nicht als laufende Unterstützung gedacht seien. Er bietet an, bei Zustimmung der übrigen Fraktionen den Antrag dahingehend zu modifizieren, dass 5.000 € als einmaliger Betrag in den Haushalt eingestellt werden sollen.

KA Völker weist darauf hin, dass die Bevorzugung eines Verbandes nicht gerechtfertigt sei. Er stimmt mit KA Wedel darin überein, dass es sich vielmehr um ein strukturelles Problem handle und einmalige Hilfen nicht ausreichend wären.

KA Greve-Tegeler bekräftigt, dass alle Verbände gleich gute Arbeit leisten.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

- 6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
- 3 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE
- 1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Der Produktbereich 07 wird einstimmig bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Produktbereich 08 (Sportförderung)
Produkt 08.01.01

Produkt 08.01.01 (Ziffer 9 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der FDP-Fraktion:

Seite 799
Zeile 15

	2010
Planansatz (alt) in €	15.900
Planansatz (neu) in €	25.750

Die Förderung der Teilnahme an den Special Olympics sollte im Hinblick darauf, dass für diesen Zweck in den Jahren 2011 bis 2013 jeweils entsprechende Mittel in beantragter Höhe wieder angesetzt sind, kontinuierlich erfolgen. Die Aussetzung der Förderung ausschließlich im Jahr 2010 erscheint nicht nachvollziehbar.

Nachdem KA Wedel den Antrag seiner Fraktion erläutert, teilt Frau Haase mit, dass die Mittel ursprünglich als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung angeboten wurden, da nicht abzusehen war, dass die Mittel 2010 benötigt würden. Zwischenzeitlich liegen jedoch Nachmeldungen vor.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Produktbereich 08 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 09 (Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen)
Produkte 09.01.01 – 09.02.04

Der Produktbereich 09 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 10 (Bauen und Wohnen)
Produkte 10.01.01 – 10.03.01

Der Produktbereich 10 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 11 (Ver- und Entsorgung)
Produkte 11.01.01 – 11.01.03

Der Produktbereich 11 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV)
Produkte 12.01.01 – 12.02.01

Produkt 12.01.01 (Ziffer 10 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Kreuzungsbereich K 19 / Real-Markt ein Kreisverkehr errichtet werden kann.

KA Völker sieht die Möglichkeit, Einfluss auf den Bund bzw. den Landesbetrieb Straßen NRW zu nehmen, um so eine gemeinsame Lösung zu finden. Da der Kreis nicht Herr des Verfahrens ist, bittet er darum, mit den übrigen Beteiligten Kontakt aufzunehmen.

Landrat Hendele erklärt, dass man ohnehin im Gespräch sei und der Prüfauftrag im Zuge dessen berücksichtigt werden kann.

Produkt 12.01.01 (Ziffer 11 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Kreuzungsbereich K 25 / K 4 ein Kreisverkehr errichtet werden kann.

KA Wedel und KA Dr. Ibold machen Beratungsbedarf geltend. KA Wedel gibt zu Bedenken, dass der Kreis die kompletten Kosten zu tragen hätte, da die Bezirksregierung eine Kostenbeteiligung abgelehnt hat. KA Dr. Ibold merkt an, dass auch die Verkehrssicherheit berücksichtigt werden müsse, da es sich bei diesem Kreuzungsbereich um einen Teil des Schulweges handelt.

Der Antrag wird in die Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 verwiesen.

Produkt 12.01.01 (Ziffer 12 der Tischvorlage)

S. 926
Zeile 13

	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt) in €	336.350	896.700	725.750	736.800
Planansatz (neu) in €	356.650	896.700	725.750	736.800

Veränderungsantrag der SPD-Fraktion:

Durch den Bau der K 20n wurde zwar die Verkehrsdichte auf der K 20, Hochstraße in Haan-Gruiten verringert, die Geschwindigkeit hat sich in diesen Bereichen jedoch erhöht. Der Kreis soll gemeinsam mit der Stadt Haan Lösungen finden, wie der Verkehr verlangsamt werden kann. Für bauliche Maßnahmen werden 20.000 € vom Kreis bereitgestellt.

KA Carraro erläutert zunächst den Antrag seiner Fraktion.

KA Völker spricht sich gegen bauliche Maßnahmen aus und schlägt vor, ein Tempo-30-Schild aufzustellen.

Landrat Hendele sagt zu, zu prüfen, ob die zulässige Höchstgeschwindigkeit problemlos auf Tempo 30 reduziert werden kann. Er bietet an, dass die Direktion Verkehr in dem Bereich verstärkt Messungen vornimmt. Über die Ergebnisse soll im Bau- und Planungsausschuss berichtet werden.

KA Carraro bietet an, den Betrag in Höhe von 20.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Grundsätzlich sollen die Kosten für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung so gering wie möglich gehalten werden.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

- 6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
- 3 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE
- 1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Landrat Hendele wird gleichwohl veranlassen, dass Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden.

KA Wedel erkundigt sich, ob für die mögliche Mitnutzung des Regenrückhaltebeckens des Bergisch Rheinischen Wasserverbandes durch den Kreis (Seite 918 des Haushaltsentwurfes) Gebühren anfallen.

Die Beantwortung der Frage erfolgt in der Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010.

Da der Produktbereich 12 nicht abschließend vorberaten werden konnte, wird die Abstimmung in die Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 verwiesen.

Produktbereich 13 (Natur- und Landschaftspflege)

Produkte 13.01.01 – 13.02.01

Produkt 13.01.01 (Ziffer 13 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt mit Landwirten Gespräche zu führen, mit dem Ziel, das Reitwegenetz des Kreises Mettmann, insbesondere des nördlichen Teils, auszubauen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es gibt derzeit zwei realisierungsfähige Reitwege im Nordkreis, nämlich ein Weg in Velbert und ein Weg im Bereich der Stadtgrenze Velbert - Wülfrath. Beide zusammen bedürfen zur Realisierung eines Finanzvolumens von ca. 85.000,- € Aus der Reitabgabe ist das Land bereit, aus dem Landeshaushalt 25.000,- € zur Verfügung zu stellen. Wenn also der Kreis weitere 20.000,- € aus eigenen Haushaltsmittel bereitstellt, dann kommt man der Realisierung ein Stück näher. Der Gesamtbedarf ist jedoch noch größer.

Zu Verdeutlichung schlägt die Verwaltung vor, in der Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 die Reitwegesituation im nördlichen Kreisgebiet graphisch darzustellen.

Der Antrag wird in die Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 verwiesen.

Da der Produktbereich 13 nicht abschließend vorberaten werden konnte, wird die Abstimmung in die Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 verwiesen.

Produktbereich 14 (Umweltschutz)

Produkte 14.01.01 – 14.02.02

Auf Nachfrage von KA Wedel bestätigt Herr Serwe, dass der Kreis Anstellungskörperschaft für den Bioenergiemanager ist. KA Wedel bittet darum, bis zur Sitzung des Kreisausschusses am

11.03.2010 die Zuordnung der Kosten für den Bioenergiemanager zu Personal-, Transfer- und sonstigen Aufwendungen noch einmal schlüssig darzustellen.

Der Produktbereich 14 wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 15 (Wirtschaft und Tourismus)
Produkte 15.01.01 – 15.04.01

Auf Nachfrage von KA Wedel erläutert Landrat Hendele, dass die Kollegin für das Projekt Campus Velbert/Heiligenhaus befristet bis 2012 eingestellt wurde. Da sich der Beginn des Projektes jedoch um ein halbes Jahr verschoben hat, verschieben sich die Aufwendungen ebenfalls um ein halbes Jahr bis ins Jahr 2013.

Der Produktbereich 15 wird einstimmig bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Produktbereich 16 (Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft)
Produkte 16.01.01 – 16.01.02

KA Wedel erkundigt sich nach dem Sachstand zur Einführung eines zentralen Beteiligungsmanagements und bittet um Darstellung bis zur Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010.

KA Hoffmann erkundigt sich, ob die Zinszahlung an die Stadt Ratingen für die Vorfinanzierung der L 239 in Höhe von 40.000 € (Seite 1.066, lfd. Nr. 20 des Haushaltsentwurfes) nicht auch unter den freiwilligen Aufgaben aufgeführt werden müssten. Auch hierzu soll in der Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 berichtet werden.

Produkt 16.01.01 (Ziffer 14 der Tischvorlage)

S. 1.059
Zeile 15

	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt) in €	112.211.900	117.075.600	117.075.600	117.075.600
Planansatz (neu) in €	111.166.200	117.075.600	117.075.600	117.075.600

Veränderungsantrag des Landrates:

Zum Zeitpunkt der Planaufstellung wurde eine Anhebung der LVR-Umlage des Vorjahres (15,85 %) um 0,3 %-Punkte auf insgesamt 16,15 % kalkuliert.

Der LVR hat am 22.02.2010 seinen Haushaltsentwurf in die Landschaftsversammlung Rheinland mit einer Anhebung des Hebesatzes um 0,15 %-Punkte auf 16,0 % eingebracht.

Die Verabschiedung des LVR-Haushaltes ist für den 18.06.2010 vorgesehen.

Der Antrag wird in die Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 verwiesen.

Da der Produktbereich 16 nicht abschließend vorberaten werden konnte, wird die Abstimmung in die Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 verwiesen.

Produktbereich 17 (Stiftungen)
Produkt 17.01.01

Der Produktbereich 17 wird einstimmig angenommen.

Die weiteren Beratungen zum Tagesordnungspunkt Haushalt 2010 werden in der Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 fortgesetzt.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:34 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Andrea Pannen